

Wie Merz auf die Frage reagiert, die das ganze Land bewegt



Von **Nikolaus Doll**
Ressort Politik

Veröffentlicht am 17.12.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



Kanzler Friedrich Merz (CDU)

Quelle: REUTERS/Liesa Johannssen

Selbstbewusst vertritt Kanzler Merz im Bundestag seinen Kurs im Russland-Ukraine-Krieg – und bekommt auch von den Grünen Zuspruch. Zur zentralen Frage liefert Linke-Fraktionschefin Reichinnek einen überraschenden Vorstoß.

Es war ein Rede- und Antwort-Marathon, dem sich Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) am Mittwochnachmittag im Bundestag stellen muss.

Akt eins: Regierungsbefragung, bei der Merz durch die Abgeordneten „gegrillt“, also scharf befragt werden soll.

Akt zwei: Regierungserklärung durch den Kanzler.

Akt drei: Aussprache dazu und Merz erneut im Mittelpunkt von Fragen. Dauer des Ganzen: mehr als drei Stunden.

Der Kanzler zeigt ein – gemessen an den vergangenen Jahren – neues Selbstbewusstsein in außenpolitischen Fragen, bleibt aber am Ende die Antwort auf die entscheidende Frage schuldig. Und das, während die Fraktionschefin der Linken, Heidi Reichinnek, mit einem überraschenden Vorschlag dazu aufwartet. Es geht darum, wie nach einem möglichen Waffenstillstand in der Ukraine das Land vor weiteren Aggressionen Russlands geschützt werden könnte. Und ob deutsche Soldaten dafür in der Ukraine stationiert werden sollten und – in letzter Konsequenz – in Konflikt mit der russischen Armee geraten könnten.

Der Europäische Rat tagt am Donnerstag und Freitag, auf der Agenda steht dabei auch, ob die Europäer die Milliarden Russlands auf europäischen Banken (<https://www.welt.de/debatte/plus694247463e25dcafo36ad83d/russisches-vermoegen-die-hochriskante-scheinloesung-des-kanzlers.html>), die nach dem Angriff eingefroren wurden, der Ukraine zur Verteidigung zur Verfügung stellen. Der Kanzler will das. „Das bedeutet erstens Hilfe für die Ukraine und ist zweitens ein klares Signal an Russland, das die Fortsetzung des Angriffs nutzlos ist“, erklärt der Kanzler im Bundestag. Einige EU-Länder tragen den Plan mit.

In ihrem dritten Sanktionspaket verbot die EU Transaktionen von Reserven und Vermögenswerten der russischen Zentralbank. Dadurch wurden russische Vermögenswerte in der EU in Höhe von rund 210 Milliarden Euro eingefroren. 185 Milliarden liegen bei der belgischen Wertpapierverwahrstelle Euroclear. Deshalb stellt sich Belgien quer – es hat Sorge vor der Reaktion Russlands.

Der Europäische Rat will diesbezüglich bis Freitag eine Lösung finden. Zwei bis drei Jahre könnte damit die ukrainische Verteidigung finanziert werden, schätzt der Kanzler. Dazu käme das russische Geld, das die USA, Großbritannien und Kanada eingefroren haben. Aber was wäre, wenn sich Russland wirklich auf einen Waffenstillstand einlassen würde – wer würde diesen Frieden, am Ende eine Demarkationslinie absichern? Diese Frage beschäftigt viele im Land. Denn die Gefahr besteht, dass der Krieg in der Ukraine (<https://www.welt.de/themen/ukraine-krise/>) im schlimmsten Fall gesamteuropäische Dimensionen annehmen könnte.

Der Kanzler trägt im Bundestag sehr viel Selbstbewusstsein zur Schau. Deutschland und die EU müssten bei einer sich ändernden Weltordnung eine zentrale Rolle spielen, fordert Merz: „Wir dürfen nicht dabei zusehen, wie die Welt neu geordnet wird. Wir sind kein Spielball von Großmächten.“ Deutschland müsse „ein handelnder Akteur bleiben, der für seine Interessen und seine Werte mit Entschiedenheit und Durchsetzungskraft einsteht“, betont der Kanzler. „Das können wir auch.“

Diese Tonart hätte wohl kaum einer seiner Amtsvorgänger gewählt, Olaf Scholz (SPD) nicht, Angela Merkel (CDU) nicht, auch Gerhard Schröder (SPD) oder Helmut Kohl (CDU) nicht. Allerdings war auch keiner dieser Kanzler mit einem Überfall Russlands auf ein europäisches Land und einem jahrelangen Abnutzungskrieg dort einschließlich hybrider Attacken Moskaus auf weitere europäische Länder inklusive Deutschland konfrontiert. Und keiner musste zusehen, wie sich die amerikanische Regierung von Westeuropa abwendet und in Teilen als Sachwalter russischer Interessen agiert, so wie die Regierung von US-Präsident Donald Trump es tut.

Vermutlich hat dem Kanzler auch der Gipfel mit Gesprächen zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, den Europäern und US-Vertretern Auftrieb gegeben. Die Anerkennung, dass Merz dieses Treffen in Berlin zustande gebracht hat, hat ihm in Deutschland wie im Ausland viel Anerkennung beschert. Und so fällt die politische Temperatur beim „Grillen“ des Kanzlers im Bundestag denn auch eher lauwarm aus.

„Es gibt Fragen auf dieser Welt, die sind nicht so einfach...“

Die Union äußert sich begeistert über ihren „Außenkanzler“, die SPD übt strenge Koalitionsdisziplin, und die Grünen sind ohnehin seit dem Überfall Russlands schon immer Vertreter einer harten Linie gegenüber Putin gewesen. Wenn man mit der Weitergabe der eingefrorenen Milliarden Russland an die Ukraine „zusätzlichen Druck aufbauen“ können, „müssen wir das tun“, sagt Grünen-Co-Fraktionschefin Katharine Dröge. „Je länger wir warten, desto gefährlicher wird die Situation für Deutschland und die Ukraine.“ Nur die AfD und die Linke sehen das – wenig überraschend – anders.

Der Kanzler kann sogar weitgehende Wehrdienst-Pläne in den Plenarsaal stellen, ohne dass es massiven Protest dagegen gibt. Merz will „spätestens im Jahr 2027“ überprüfen lassen, ob sich genug Freiwillige zum neuen Wehrdienst melden (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus6915732171dafa6e0afd2420/neues-wehrdienst-gesetz-dienst-am-vaterland-ohne-pflicht-was-hinter-dieser-halbgaren-loesung-steckt.html>). Falls die Zahlen nicht für die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr genügten, „werden wir nicht umhinkommen, auch über eine verpflichtende Dienstzeit bei der Bundeswehr zu sprechen“, sagte Merz. Ein Sturm der Entrüstung beim Koalitionspartner SPD und der Opposition? Fehlanzeige.

Vermutlich auch, weil die Abgeordneten wissen, dass es erst mal darum geht, inwieweit man die Bundeswehr zur Friedenssicherung in der Ukraine einsetzen kann – oder muss. Denn wer selbstbewusste Töne in der Außenpolitik anschlägt, muss das auch unterlegen. Nicht nur mit Worten und Geld, sondern am Ende mit Soldaten, die dafür sorgen, dass ein Waffenstillstand auch eingehalten wird.

AfD-Außenpolitiker Markus Frohnmaier (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus693923b611f914c89b858a6d/markus-frohnmaier-wie-ein-afd-politiker-deutschland-in-den-usa-darstellt.html>), der zu Beginn der Aussprache aufgerufen worden ist, fordert dazu eine klare Positionierung des Kanzlers: „Schicken Sie deutsche Soldaten in die Ukraine. Ja oder nein?“ Erst beim zweiten Anlauf bekommt er darauf eine Antwort. „Es gibt Fragen auf dieser Welt, die sind nicht so einfach, und diese Frage gehört zu“, sagt Merz und stellt klar: „Wir wollen nicht den Fehler des Jahres 2014 wiederholen.“ Damals besetzte Russland die ukrainische Krim, und Europäer wie Amerikaner setzten sich nicht mit ausreichendem Druck für eine Rückgabe ein.

Man spreche über Sicherheitsgarantien für die Ukraine nach einem Waffenstillstand, der mit Russland vereinbart werden müsse, sagt Merz. Er werde beim EU-Gipfel in Brüssel an diesem Donnerstag keinen Zweifel daran lassen, dass man die Ukraine so lange wie nötig gegen eine gewaltsame Veränderung ihrer Grenzen schützen werde.

Mehrere europäische Staaten hatten sich nach zweitägigen Verhandlungen mit der Ukraine und den USA am Montag für eine von Europa geführte „multinationale Truppe für die Ukraine“ ausgesprochen. Nach einer Vereinbarung zur Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine soll diese von der Europäischen Union geführte und den USA unterstützte Truppe den ukrainischen Streitkräften helfen und die Sicherheit des Luftraums sowie der Meere gewährleisten – „auch durch Operationen innerhalb der Ukraine“.

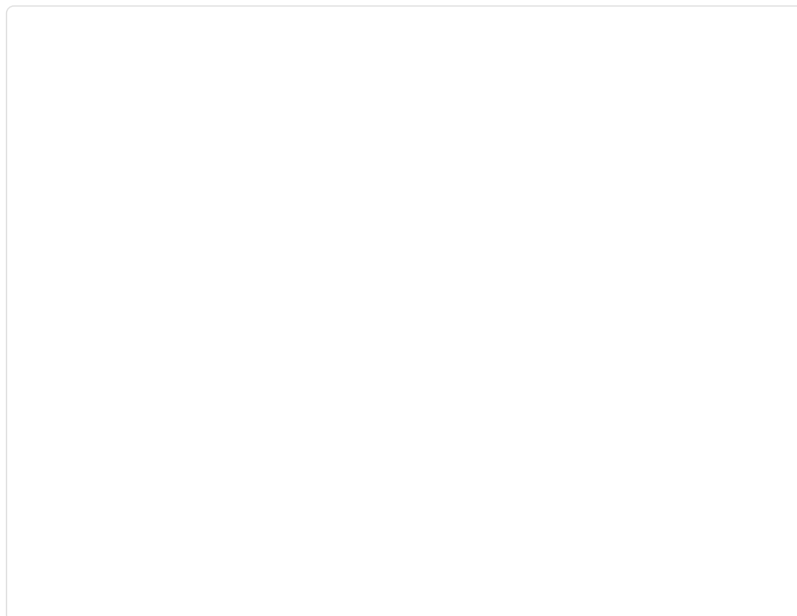
Aber welche Rolle spielt dabei nun Deutschland? Wer für sich beansprucht, als bevölkerungsreichstes und wirtschaftsstärkstes Land der EU eine Führungsrolle dort zu spielen, müsste darauf eine Antwort geben können. Merz tut es nicht.

Der Koalitionspartner SPD wird ein Stück weit konkreter: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch erklärt es immerhin für denkbar, dass sich die Bundeswehr an einer internationalen Truppe in der Ukraine beteiligen könnte, um einen möglichen Waffenstillstand zu überwachen. „Wir schließen hier an dieser Stelle nichts aus, aber die Rahmenbedingungen werden entscheidend sein“, sagt er mit einer Einschränkung: „Das ist eine Frage, die sich augenblicklich nicht stellt.“

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hatte nach dem Gipfel in Berlin erklärt, er bewerte dessen Ergebnisse als „gut im Kern“. Das gilt offenbar auch für einen Einsatz zur Friedenssicherung in der Ukraine. „In welcher Form und wie konkret“ Europa Verantwortung übernehmen könne, „das kann heute keiner festlegen“, betonte der Minister. Daran hingen Fragen „wie ein Mandat des Bundestags, (...) unter welchem Kommando findet eigentlich was wo in welchem Rahmen statt?“

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Thomas Röwekamp (CDU), wiederum sprach sich in dieser Woche in der „Rheinischen Post“ (https://rp-online.de/politik/deutschland/roewekamp-fordert-beteiligung-deutscher-soldaten-an-multinationaler-truppe_aid-140797891) klar für eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer Friedenstruppe aus: Deutschland müsse sich „personell und materiall an einer multinationalen Mission beteiligen“. Und der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Adis Ahmetovic, zeigte sich ebenfalls aufgeschlossen: Er sagte [NDR Info \(https://www.ndr.de/nachrichten/info/spd-aussenpolitiker-ahmetovic-weg-zu-waffenstillstand-geeignet,audio-359922.html\)](https://www.ndr.de/nachrichten/info/spd-aussenpolitiker-ahmetovic-weg-zu-waffenstillstand-geeignet,audio-359922.html) nach dem Spitzentreffen in Berlin: „Der Weg zu einem Waffenstillstand ist geebnet.“ Eine multinationale Schutztruppe sei ein wichtiger Baustein, zu dem Deutschland seinen Beitrag leisten werde.

Die für den Kanzler entscheidende Frage wird wohl sein: Wie stehen die Amerikaner zu einer solchen europäischen Friedenstruppe – würden sie diese unterstützen oder sich sogar daran beteiligen? Und wie groß ist die Gefahr, dass deutsche Soldaten in Kampfhandlungen mit der russischen Armee geraten können? Die Linke, die bekanntermaßen mehr Verständnis für russische Positionen zeigt als Union, SPD oder die Grünen, liefert am Mittwoch eine andere, durchaus konstruktive Idee. Der Kanzler nimmt sie allerdings nicht zur Kenntnis.



Es ist 16.22 Uhr, als Linke-Fraktionschefin Reichinnek im Bundestag ans Rednerpult tritt. Im selben Augenblick verlässt der Kanzler aber den Saal. Und so macht Reichinnek ihren Vorschlag in Abwesenheit von Friedrich Merz: Warum schicke man nicht UN-Blauhelme zur Friedenssicherung in die Ukraine, falls es dort zu einem Waffenstillstand kommt?

Der Vorschlag klingt im ersten Moment gut, weil damit Soldaten aus Ländern eingesetzt werden könnten, die ein unbelastetes Verhältnis zu Russland haben. Allerdings wäre für einen solchen Einsatz sicherlich ein UN-Mandat nötig. Und damit die Zustimmung Russlands. Der Vorstoß Reichinneys hat also ebenfalls einen großen Haken.

Im Europäischen Rat wird vermutlich am Rande über Truppeneinsätze gesprochen. Aber erst mal geht es vor allem ums Geld – um russisches Geld für die Ukraine.

Nikolaus Doll (<https://www.welt.de/autor/nikolaus-doll/>) *berichtet über die Unionsparteien und die Bundesländer im Osten.*